

Chancen und Entwicklungsperspektiven

Grosse Anfrage der SPD

-

Chancen und Entwicklungsperspektiven der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft in NRW

Drucksache 13/5604

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

wegen der umfangreichen Themen beschränke ich mich auf einige Bereiche der Anfrage zur Seniorenwirtschaft.

Wir wissen alle, die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft sind gewaltig:

Mehr alte Menschen mit Pflege- und Hilfebedarf, weniger junge Menschen, gleichzeitig ein sozialer Wandel mit vielen alleinlebenden - oft einsamen Menschen.

Darum ist das Thema Pflege und Alter die gesellschaftspolitische Herausforderung an uns alle.

Wir sind uns auch alle einig darin, dass in unserer älter werdende Gesellschaft ein Umdenken dringend nötig ist.

Das gilt insbesondere für die Arbeitswelt. Es müssen mehr Menschen über 50 beschäftigt und eingestellt werden. Die große Zahl älterer Arbeitsloser, vielfach lang-zeitarbeitsloser Menschen ist eine Katastrophe für die Betroffenen und überfordert unsere sozialen Sicherungssysteme.

Das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer und das Wissen Jüngerer im Beruf ist ein wichtiges Potential für die Wirtschaft. Der Bereich der Fort- und Weiterbildung ist das Zukunftsthema für die Wirtschaft, um auch morgen Innovation und Leistung der Menschen zu fördern. Von der Innovation hängt es ab, ob wir gute Produkte entwickeln, schneller und besser sind als die Konkurrenten weltweit.

Zur fragestellten SPD muss darum gleich an dieser Stelle angemerkt werden, dass sich im Prinzip nur die Frage V 10 mit der Beschäftigung älterer Menschen befasst.

Ebenso enttäuschend ist die Beantwortung:

Es wird auf ein Maßnahmenpaket verwiesen, wie die Arbeitswelt altersgerecht gestaltet werden soll. Was hat die Landesregierung wirklich erreicht? Wie viele Ältere werden jetzt mehr beschäftigt?

Älter werdende Gesellschaft heißt für Wirtschaft, Handel und Handwerk neue Produkte, neue Technik und neue Dienstleistungen anzubieten. Wer was verkaufen will, muss sich intensiver mit den Wünschen und Bedürfnissen der neuen Generation 50 plus beschäftigen. Das ist völlig richtig - allerdings nichts Neues.

50 oder 60-Jährige sind selbstbewusst, aktiv ,engagiert, wollen Qualität statt Masse, haben natürlich ein anderes Konsumverhalten als Jüngere. Die wirtschaftliche Lage ist sehr differenziert, häufig gut und ausreichend, immer mehr auch problematisch.

Fehlende Rentenanpassungen und Beitragserhöhungen verschlimmern die wirtschaftliche Lage vieler älterer Menschen.

Es ist wichtig, die Kaufkraft der großen Zielgruppe der Menschen über 50, 60 oder 70 zum Thema zu machen. Es ist richtig, Impulse seitens der Akteure in der Wirtschaft, in den Medien einzufordern. Hier hat sich viel getan.

Allein die Zeitungsanzeigen mit neuen Produkten, Dienstleistungen, machen dies deutlich. In den Zeitungen von Sozialverband oder VdK - ganze Zeitungsanzeigen mit neuen interessanten Produkten.

Aber es gibt auch enormen Nachholbedarf.

Nachholbedarf auch bei den sozialen Dienstleistungen, bei Angeboten der Wohlfahrtsverbände. Die aufsuchende soziale Arbeit, die direkte Hilfe für die Menschen im Haus, in der Wohnung, wird immer wichtiger. Beratung und Information, vorbeugende und präventive Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich muss stattfinden.

Wir unterstützen die zahlreichen Initiativen und Ideen, das Umdenken der Wirtschaft in vielen Bereichen. Zahlreiche gute Beispiele dieses Umdenkens machen deutlich, wo die Reise hin geht, machen die Chancen und Potentiale deutlich:

Im Bereich der Produktentwicklung, der Technik, der Freizeitzeit- und Sportangebote, bei Bekleidung und Wohnungsausstattung.

Ein wichtiger Bereich der Wirtschaft ist die Wohnungswirtschaft, die mit vielen guten Beispielen zeigt, dass die rechtzeitiger Befassung mit dem Bedürfnissen der älter werdenden Gesellschaft, mit neuen seniorengerechten Wohnungen und der Kombination sozialer Hilfen, Pflegebedürftigkeit hinausgehoben werden kann, neue Pflegeheimplätze verhindert werden.

Wir wollen, dass die Menschen lange in ihrer Wohnung bleiben können. Darum unterstützen wir alternativen zum Pflegeheim, freuen uns über die vielen Initiativen neuen Wohnens.

Ich bin ich übrigen nicht der Meinung, dass die Zahl der Heimplätze bis 2040 verdoppelt werden muss. Das passiert nur, wenn wir nicht rechtzeitig handeln. Nur dann, wenn es weiter keine wirkliche Pflegepolitik gibt.

Die Grosse Anfrage zeigt ganz klar, für eine menschenwürdige Pflege gibt es einen erheblichen Mehrbedarf an zusätzlichen Fachkräften. Das fordern wir als CDU seit Jahren.

Sie als Regierung haben die Ausbildungskapazitäten jahrelang zurückgefahren, die Finanzierungsgrundlage für die Ausbildungsstätten, unsere Ausbildungsseminare verringert. Ein Pflegenotstand durch zu wenig ausgebildete Menschen muss verhindert werden.

Pflegepolitik heißt:

Wir müssen im Interesse der älter werdenden Menschen darüber reden, wie Pflegebedürftigkeit hinausgeschoben und verringert werden kann.

Wir müssen die Hilfe für die Angehörigen, für die pflegenden Familien sofort ausbauen, das soziale Engagement, die soziale Kompetenz der Menschen fördern und zum Thema machen.

Der sofortige Ausbau der Alltagshilfen durch neue Dienstleistungen im Haushalt, bei Alter und Pflege, sind für mich wichtige Innovationen.

Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass die "Kaufkraft älterer Menschen aus NRW" mobilisiert werden soll, wie eins der Ziele der Landesinitiative lautet.

Wir wollen aber nicht, dass die Menschen nur auf ihre Funktion als Konsumenten reduziert werden. Wir wollen über die Potentiale der Menschen reden, über ihr großes Engagement in zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten, in der Familie, in der Nachbarschaft.

Der Begriff Seniorenwirtschaft ist geprägt, trifft aber nicht den Kern der vor uns liegenden großen Herausforderungen, der vielen neuen Chancen und Möglichkeiten.

Die Anfrage zeigt eine breite Palette von Themen auf, die nicht in wenigen Minuten behandelt werden können. Skizziert werden viele Handlungsfelder und Impulse. Die sind allerdings nicht besonders neu.

Deutlich wird, wenn Sie ihre eigene Anfrage ernst nehmen, dass die Politik für Senioren erheblich an Bedeutung zunehmen wird und muss.

Aber es reicht nicht das Verkaufen, die Öffentlichkeitsarbeit, es reichen nicht neue Hochglanzbroschüren, die Veranstaltung von zahlreichen Workshops durch die Landesregierung, die Moderation der Landesregierung bei den Akteuren im Lande.

Es reicht nicht das Anstoßen diverser Projekte mit Haushaltsmitteln hier und da. Sie müssen die Effizienz und Nachhaltigkeit Ihrer Aktivitäten nachweisen. Wir brauchen keine Alibiveranstaltungen der Landesregierung.

In NRW leben 4 Mio. Menschen über 60, Sie fahren die Landesmittel für Senioren-politik zurück.

1999 hatten wir noch 15 Mio. Euro. Heute sind es 2,8 Mio. Euro plus 1 Mio. für die Landesinitiative Seniorenwirtschaft.

3,8 Mio. ist gemessen am Gesamthaushalt nur im Promillebereich auszuweisen.

Mit Schönrederei werden wir der vor uns liegenden großen Aufgaben nicht gerecht.

Sie finanzieren 3-jährige Modellprojekte überall und interessieren sich wenig, was danach kommt. Dass die dort beschäftigten Mitarbeiter oft arbeitslos werden, dass das Wissen, das Know-how verloren geht, wenn die Finanzierung aufhört.

Sie wissen genau, dass diese Modelle durch die Kommunen oder andere Träger nicht weitergeführt werden können, aber es wird wieder eine neue Hochglanzbroschüre für ein neues Modell aufgelegt.

Seniorenpolitik heißt, neue Ansätze zu entwickeln, heißt aber auch, Verlässlichkeit und Kontinuität der Landespolitik. Das erwarten die Menschen von Ihnen, von einer Landesregierung.

Angelika Gemkow